Neubeginn in Somalia: Die Musik spielt anders

In Somalia wurde im September dieses Jahres mit der Wahl eines neuen Präsidenten und einer neuen Regierung die seit 2005 bestehende Übergangsphase offiziell beendet. Besteht mit diesem politischen Neubeginn Hoffnung auf eine friedlichere Entwicklung des Landes? Die FRIEDENSZEITUNG sprach mit zwei Vertretern der somalischen Diaspora in der Schweiz über die künftigen Aussichten ihres Landes.

Am 10. September 2012 hat das somalische Parlament, dessen Abgeordnete keineswegs demokratisch legitimiert sind, sondern von einem relativ willkürlich zusammengewürfelten Ältestenrat, der auch die neue Verfassung (vor)geschrieben hat, nominiert worden waren, einen neuen Präsidenten gewählt. Dabei konnte sich Hassan Sheikh Mohamud, ein den Muslimbrüdern nahestehender Abgeordneter, gegen seinen Vorgänger Ahmed Sheikh Sharif durchsetzen. Nach zwanzig Jahren Bürgerkrieg und Staatszerfall in Zentral- und Südsomalia und nach einer langen Übergangsphase besteht nun eine vorsichtige Hoffnung auf eine Stabilisierung des Landes.

/ Gespräch mit Nur Scecdon Olad und Bashir Gobdon, Somalischer Verein /

Bashir Gobdon, Sie haben im Juli dieses Jahres als Beobachter an der letzten Friedenskonferenz in Mogadiscio teilgenommen. Was bedeutete diese Zusammenkunft für Sie?

Bashir Gobdon: In den letzten 20 Jahren haben über 20 Konferenzen über Somalia stattgefunden, meist in den Nachbarländern Kenia und Äthiopien, aber auch in Ägypten und in andern Ländern. Immer wieder wurde versucht, eine neue Regierung zu bilden und die Stabilität von Somalia wiederherzustellen, immer wieder aber scheiterten diese Versuche. Für alle Somalier, die hier in der Schweiz leben, und auch für mich war es ein grosser Traum, dass jetzt in der Hauptstadt Somalias diese Friedenskonferenz stattfinden konnte. 275 somalische Parlamentarier waren von den somalischen Stämmen ausgesucht worden. Ein Viertel von ihnen mussten Frauen sein. Für Somalia ist dies etwas Neues, dass die somalischen Frauen das Wort ergreifen.



Nur Scecdon Olad (67) ist Präsident des Hilfswerks Swisso Kalmo. Von 1992 an arbeitete Nur mit seiner Frau Magda Nur-Frei in Somalia. Heute betreibt Swisso Kalmo in der Stadt Merka ein Tuberkulosespital mit 80 Betten und in anderen Regionen weitere medizinische Einrichtungen. Nur musste vor drei Jahren Merka fluchtartig verlassen, da er von den dort herrschenden Al-Shabab Milizen bedroht wurde. Al-Shabab hat in diesem Sommer Merka verlassen, Deshalb will Nur im Januar des nächsten Jahres nach Somalia zurückkehren, um die Aktivitäten von Swisso Kalmo vor Ort zu unterstützen. Trotz dem Regime der fundamentalistischen Islamisten arbeiteten die somalischen Mitarbeiter von Swisso Kalmo in Merka immer weiter. Nur lebt mit seinen beiden

Adoptivkindern in Widnau im Kanton St. Gallen.

Bashir Gobdon (42) kam 1988 als Flüchtling in die Schweiz. Er verliess Somalia, weil er für den Diktator Siad Barre nicht in den Krieg gegen Nordsomalia ziehen wollte. Bashir ist Vorstandsmitglied von Swisso Kalmo und des Fördervereins Neue Wege in Somalia. 1998 hat er den somalischen Kulturverein in Zürich gegründet. Bei Radio Lora moderiert er die wöchentliche Sendung in somalischer Sprache. Er arbeitet als Patientenbegleiter und ist auch als interkultureller Übersetzer tätig.

Mit Nur Scecdon Olad und Bashir Gobdon sprachen Peter Weishaupt und Heinrich Frei. Foto: Heinrich Frei Weshalb wurden die Vertreterinnen und Vertreter nicht vom Volk, sondern von den Stämmen gewählt?

Nur Scecdon Olad: Demokratische Wahlen waren wegen der unsicheren Lage nicht möglich. Darum haben die Stämme die Abgeordneten bestimmt. Wir Somalier sagen, dass es bei uns viereinhalb Stämme gibt. Das heisst, es gibt vier grosse Stämme und eine Gruppe, in der die kleineren vertreten sind, die jetzt zusammen 275 Abgeordnete stellen.

Bashir Gobdon: Es ging an der Konferenz in Mogadiscio auch um die Ablösung der Übergangsregierung durch eine definitive Regierung.

Wie schätzen Sie die neue Lage ein, haben Sie grössere Hoffnungen als früher? Sind Sie nicht skeptisch, weil bisher alle Bemühungen um stabilere staatliche Institutionen gescheitert waren?

Bashir Gobdon: Meiner Meinung nach hat eine neue Ära in Somalia begonnen. Man spürt bereits, dass die Musik anders spielt... Viele Leute hoffen jetzt, dass die Somalier zusammenhalten und es nicht wie früher zu Stammesrivalitäten kommt. Was neu ist in der Geschichte Somalias: Das Land hat jetzt als Aussenministerin eine Frau, Fauzia Yusuf Haji Adan, die in Somaliland gelebt hat. Sie ist sehr gebildet, hat viele Frauenorganisationen geleitet und war auch im Ausland, in London.

Nur Scecdon Olad: Die Wahl der Aussenministerin aus Somaliland ist auch eine Art Taktik, um Somaliland einzubinden. Somaliland ist heute ein eigenes, stabiles Land ohne Krieg, aber international nicht anerkannt. Bisher wollte Somaliland von Südsomalia nichts wissen. Es war früher eine britische Kolonie, Südsomalia eine italienische.

Im Parlament hat es also auch Vertreterinnen und Vertreter aus Somaliland? Sind nun alle Regionen aus Nord und Süd vertreten? Bashir Gobdon und Nur Scecdon Olad: Ja. Unsere heutige Regierung nennt sich föderale somalische Regierung. Die Somalier sind sich an eine Zentralregierung gewöhnt, aber sie möchten eine Föderation bilden. Wenn jede Region eine eigene interne Regierung hat, sind alle zufrieden; also wie in der Schweiz eine regionale Autonomie der Kantone. Aber die Somalier kennen dieses System nicht. Jetzt ist die Bildung einer Föderation eine Aufgabe der neuen Regierung. Bashir Gobdon: Alles beginnt in Somalia von Null an. Wichtig ist nun, dass die Beamten, die Polizisten und die Militärs genügend entlohnt werden, was bisher oft nicht der Fall war. Im Moment sind in Südsomalia 14'000 AMISOM-Soldaten (Mission der Afrikanischen Union in Somalia) stationiert. Ohne diese Soldaten hätte es keine Möglichkeit gegeben, die Friedenskonferenz in Mogadiscio abzuhalten. Heute regiert faktisch

FRIEDENSZEITUNG 3/12

die AMISOM das Land, die aus Soldaten aus Kenia, Uganda, Burundi, Ruanda und Djibouti zusammengesetzt ist.

Nur Scecdon Olad: Wir hoffen, dass die Regierung bald die eigene Polizei und das Militär gut organisieren kann. Am Ende spielt das Geld eine grosse Rolle, und wenn das nicht da ist, ist alles sehr schwierig.

Die Al-Shabab-Milizen sind aus Mogadiscio vertrieben worden, auch die Hafenstadt Merka, wo Swisso Kalmo und die 'Neuen Wege' angesiedelt sind (siehe Karte), ist nicht mehr von den islamistischen Milizen beherrscht. Können diese in ganz Südsomalia entwaffnet und in die neuen Sicherheitsinstitutionen eingebunden werden?

Bashir Gobdon: Im Moment ist es immer noch so, dass die somalischen Polizisten und Soldaten, die von der EU ausgebildet wurden, keinen Lohn bekommen und oft zur Al-Shabab überlaufen. Man muss die Leute entlohnen, damit sie für Ordnung sorgen. Die Polizei muss das Volk schützen, das ist ihre Aufgabe.

Nur Scecdon Olad: Vorher hat Al-Shabab verschiedene Regionen verwaltet, heute wird keine einzige Region mehr von der ihnen regiert. Die Milizen verstecken sich irgendwo in den Dörfern und am Abend schlagen sie zu oder verüben auf Strassen

Somalia gestern und heute

Ende des 19. Jahrhunderts wurde Somalia kolonialisiert, der Norden von Grossbritannien als Britisch-Somaliland, der Süden und Osten als Italienisch-Somaliland von Italien. Die Somalier leisteten Widerstand gegen die fremden Eindringlinge. 1960 wurde Somalia unabhängig. Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre 1991 wird Somalia von einem Bürgerkrieg heimgesucht, hauptsächlich im Süden des Landes. Somalia hat heute etwa 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, die Hauptstadt Mogadiscio 2,5 Millionen. Somalia ist flächenmässig 15-mal so gross wie die Schweiz.

Krieg, Dürre und Hungersnot

Im letzen Jahr wurde Ostafrika von einer Dürre und einer Hungersnot heimgesucht; in Somalia, Äthiopien, Kenia und Djibouti waren im letzten Jahr rund 10 Millionen Menschen vom Hunger betroffen. Allein in Somalia hatte ein Viertel der Bevölkerung wegen der Dürre und dem Bürgerkrieg ihre Heimstätte verlassen. Viele sind nach Kenia und nach dem Jemen geflüchtet, nur sehr wenige nach Europa. Allein im Flüchtlingslager Dadaab in Kenia leben etwa 500'000 Somalier, manche schon zwanzig Jahre. Eine Rückkehr der Millionen somalischer Flüchtlinge in Kenia, dem Jemen, in Äthiopien, und auch aus den Flüchtlingscamps in Mogadiscio in ländliche Gebiete ist heute nach wie vor meist unrealistisch, wie Hilfsorganisationen kürzlich feststellten.



Anschläge. Als ich seinerzeit in Merka war, waren es nicht mehr als hundert Personen der Al Shabab. Aber die Menschen hatten Angst gehabt und niemand hat etwas gegen sie unternommen (Merka hat etwa 80'000 Einwohnerinnen und Einwohner).

In Ortschaften die von Al Shabab kontrolliert wurden, soll eine gewisse Ruhe und Ordnung geherrscht haben, und die Leute konnten auf die Strasse.

Bashir Gobdon: In Mogadiscio gibt es jetzt keine Kämpfe mehr. Früher wurden Frauen und Studenten ermordet, im Guerillakrieg oder durch Bombenattentate. Im letzten halben Jahr war davon in Mogadiscio nichts zu hören. Ausser von Journalisten oder Ministern, die speziell terrorisiert wurden, so wurde auch auf den neuen Präsidenten gleich nach seiner Wahl ein Attentat verübt. Aber der Rest der Bevölkerung hat Ruhe.

Wie unterstützt die Schweiz die Entwicklung in Somalia?

Bashir Gobdon: Der Schweizer Botschafter von Kenia hat Mogadiscio kürzlich besucht. Das war etwas Neues. Von der Schweiz wissen wir nur, dass Caritas in Nordsomalia engagiert ist. Julian Thomas Hottinger wurde vom Aussendepartement in Somalia als Mediator eingesetzt.* Heute, nach zwanzig Jahren Krieg, sind die Menschen motiviert eigene Institutionen wie Schulen und Universitäten aufzubauen. Somalier, die im Ausland gelebt haben, kehren zurück und versuchen in den Regionen, die stabil sind wie Somaliland, Puntland und in Mogadiscio, etwas aufzubauen. Vieles ist viel positiver, wenn man es mit der Situation vor zwanzig Jahren vergleicht.

* Die Schweiz engagiert sich seit langem für die Friedensförderung und humanitäre Hilfe in Somalia (jährlich zwischen 7 und 10 Mio. Franken). Sie hat die jetzigen Verhandlungsprozesse unterstützt und erstellte Expertisen bei der Erarbeitung der Verfassung. Sie ist Mitglied der Kerngruppe, welche das Politische Büro der uno für Somalia (unpos) berät. In Somaliland finanziert sie ausserdem Minenräumung und Wahlhilfe. (Red.)

Amnesty Schweiz zu Eritrea

Im Jahr 2011 kamen laut Statistik des Bundesamtes für Migration 14,9 Prozent aller Personen, die in der Schweiz um Asyl ersuchten, aus Eritrea. Im November 2011 teilte die eritreische Regierung der Vertretung der Europäischen Union mit, dass sie die Entwicklungszusammenarbeit mit der EU beenden wolle. Trotz der herrschenden Dürre verbot die Regierung Hilfsorganisationen den Zutritt und liess sie keine Nahrungsmittel mehr ins Land bringen. Schätzungen zufolge fliehen monatlich 3000 Eritreerinnen und Eritreer aus dem Land, dies trotz der Politik der gezielten Todesschüsse auf alle Personen, die versuchen, die Grenze zu übergueren. Viele Flüchtlinge sind junge Eritreer und Eritreerinnen, die dem unbeschränkten Militärdienst entgehen wollen.

Amnesty hat Kenntnis von folgenden Menschenrechtsverletzungen in Eritrea:

- Inhaftierung von mehreren Tausend gewaltlosen politischen Gefangenen: politische Aktivistinnen und Aktivisten, Journalistinnen und Journalisten, aus religiösen Gründen verfolgte Personen sowie Männer und Frauen, die sich dem Militärdienst entzogen haben.
- Folterungen und andere Misshandlungen in Gefängnissen, nicht selten mit Todesfolgen: Unterbringung in stark überfüllten unterirdischen Zellen oder in der Wüste, in der Sonne ausgesetzten Schiffscontainern, mit unzureichender Nahrung und schmutzigem Wasser; erniedrigende Arbeit und Ausharren in schmerzlichen Positionen.
- Unterdrückung der freien Meinungsäusserung und der Religionsfreiheit von staatlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften.
- Verbot von Oppositionsparteien, unabhängigen Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie nicht anerkannten Religionsgemeinschaften.
- Willkürlich verlängerter Militärdienst: Der gesetzlich auf 18 Monate begrenzte Militärdienst wird beliebig verlängert. Militärdienstverweigerer werden ohne Gerichtsverfahren drakonisch betraft und können Folter und willkürlicher Haft in unmenschlichen Arbeitslagern ausgesetzt werden.
- Verhaftungen und Folterung von nach Eritrea zurückgeschafften Eritreern und Eritreerinnen.



ALS SYRER wären Freysinger & Co. froh, sie wären damals gegen das verschärfte Asylgesetz gewesen.